



Im Vorfeld der Debatten des Grossen Rats informierten sich einige Politiker im «Frutigländer».

BILD BIANCA HÜSING

# Einmal ja, einmal nein

**POLITIK Der Regierungsrat hat zu zwei aktuellen Anfragen des Kandergrunder SVP-Grossrats Ernst Wandfluh Stellung bezogen.**

Bei der ersten ging es um die Gleichbehandlung von Anbinde- respektive Laufställen bei Investitionskrediten. Eine Motion auf eidgenössischer Ebene dazu sei angenommen und umgesetzt worden. Wandfluh wollte wissen, ob der Kanton nun mitziehen würde. Die Berner Regierung stellte klar, dass auf den 1. Januar 2019 die entsprechend angepasste kantonale Verordnung ebenfalls in Kraft gesetzt wird.

Wandfluh wollte vom Regierungsrat weiter wissen, ob kurzfristig und unbürokratisch Bauland eingezont werden könne, wenn in einer Gemeinde «aufgrund von Naturgefahren oder aufgrund einer Gefährdung durch eine Anlage»

Evakuierungen für ein Jahr oder mehr angeordnet werden müssten. Nur so könnten im gewohnten Umfeld Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen und eine Abwanderung verhindert werden. Die Neubauten sollten dann natürlich bestehen bleiben. Diese Frage zielt auf die Situation in Mitholz mit dem explosionsgefährdeten ehemaligen Munitionslager ab. Doch der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Gesetze auf nationaler und kantonaler Ebene das Überspringen einzelner Verfahrensschritte zur Bauland einzonzonung keinesfalls ermöglichen. Dies sei auch in Notlagen rechtlich nicht zulässig. «Es versteht sich jedoch von selbst, dass falls eine solche Notsituation eintreten würde, die Behörden ein Einzonungsgesuch beschleunigt prüfen bzw. behandeln würden», wird Wandfluh vertröstet.

HSF

## Die erste der zwei neuen Tankstellen ist in Betrieb

**REICHENBACH** Knapp zwei Jahre nach Projekteingabe eröffnete gestern der Coop-Pronto-Shop mit Tankstelle an der Hauptstrasse, während man an der nebenan gelegenen Anlage der Landi mit Hochdruck baut. Begleitet wird die Ladeneröffnung bis am 2. Dezember von einem Wettbewerb. Der neue Standort hat zehn Betankungsplätze an fünf Zapfsäulen, inklusive einer Adblue-Säule, für PKW und LKW. Im

neuen Shop finden Kunden auf 120 Quadratmetern jeweils zwischen Montag und Sonntag von 6 bis 22.30 Uhr rund 2000 Artikel. Leiterin der Filiale ist die in der Region wohnhafte Jacqueline Brönnimann.

RED/PRESSEDIENST COOP MINERALOEL AG

**Eröffnungsaktivitäten:**

Bis 2.12.: Wettbewerb; 5 Rappen Preissenkung pro Liter Benzin/Diesel bei Bezahlung im Shop; 13.12. bis 15.12.: Grillparty jeweils 10 bis 19 Uhr.



Dem traurigen Wetter zum Trotz präsentierte sich die neue Tankstelle in feierlichem Kostüm. BILD BEN

**BLICKPUNKT**

### Genähtes, Gestricktes und Kulinarisches

Über dreissig Aussteller präsentierten am vergangenen Samstag in der Frutiger Märthalle ihre kreativ angefertigten Produkte für den dritten Adventsmärkt. Kerzen, Dekoartikel, Genähtes, Gestricktes, Floristisches und Kulinarisches lockten viele Besucher an. Speziell war sicher die Fotoecke, in der sich die kleinen Besucher mit dem «echten» Nikolaus ablichten lassen konnten. Und auch das Konzert der Angels Gospel Singers fand Anklang und verbreitete vorweihnächtliche Stimmung. Die Organisatorinnen Adriana Strasser und Nadja Ryter vom «ChleeBlattShop» können sich über einen gelungenen Anlass freuen.

MONYA SCHNEIDER



### Bundesrat will Versiegelungsverbot an Viehschauen

**LANDWIRTSCHAFT** In einer Motion von Nationalrätin Irene Kälin (Grüne) wird der Bundesrat ersucht, «die Tierschutzverordnung dahingehend anzupassen, dass bei Rindern das Verschiessen von Zitzen jeglicher Art zu Schau- und Präsentationszwecken verboten wird.» Nicht nur das mittlerweile verbotene Verkleben der Euter mit Sekundenkleber, sondern jegliches Verschiessen der Euter gefährde die Gesundheit der Kühe, so Kälin in ihrer Begründung. Der Bundesrat hat kürzlich beschlossen, die

Annahme der Motion zu beantragen. Die Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter (ASR) hatte parallel dazu ihr überarbeitetes Ausstellungsreglement verabschiedet. Colodium zum Versiegeln der Zitzen will die ASR darin weiter zulassen. Begründung: Mit der neu festgelegten engen Überwachung könnten übervolle Euter und damit Verstösse gegen das Tierwohl wirkungsvoll ausgeschlossen werden.

PRESSEDIENST LANDWIRTSCHAFTLICHER INFORMATIONSDIENST LID

### Lehrdiplom erhalten

**AUSBILDUNG** Im Herbst diplomierte die Pädagogische Hochschule (PH) Bern 467 AbsolventInnen. Das Lehrdiplom für die Vorschulstufe und Primarstufe 1. bis 6. Schuljahr (Bachelor of Arts) erhielten auch sieben Frauen aus dem Frutigland: Celine Laura Aellig (Adelboden); Milena Bircher (Frutigen); Pascale Anja Salzmann (Aeschi); Bettina Sarbach (Frutigen); Salome Seraina Brunner (Aeschi); Sabrina Nadine Kübler (Krattigen); Melina Monja Schneider (Frutigen). Das Lehrdiplom für Maturitätsschulen/Sekundarstufe II erhielt: Tabea Kallen (Frutigen).

PRESSEDIENST PH BERN/RED

**POLITISCHES PARKETT**

### Die regionale Solidarität funktionierte diesmal nicht

Der Grosse Rat behandelte in dieser Session unter anderem die von mir mit eingebrachte Motion «Steuerfreibetrag für Experten der Berufsbildung beibehalten». Grund für diese Motion war die Absicht der Steuerverwaltung, den bisher bis zu 2300 Franken steuerfreien Kostenersatz von 7000 Expertinnen und Experten in der Berufsbildung aufzuheben. Diese sind für eine Pauschale von 30 Franken pro Stunde für den Kanton im Einsatz. Ich habe in meinem Votum darauf hingewiesen, dass mit dieser Änderung am Ende nur ein grosser bürokratischer Aufwand und Verlierer übrigbleiben. Die Erziehungsdirektion müsste Tausende von Lohnausweisen mit Kleinstbeträgen erstellen und einreichen. Die Experten müssten diese sehr kleinen Entschädigungen in der Steuererklärung als Ein-

kommen deklarieren, könnten dann aber die entstandenen Kosten als Berufskosten wieder geltend machen. Der Kanton müsste die Entschädigungen anheben, damit überhaupt noch jemand diese Tätigkeit ausübt. Gegen den Willen des Regierungsrats wurde die Motion erfreulicherweise vom Grossen Rat mit grosser Mehrheit angenommen.

Wie immer in der November-Session bildeten die Finanzen des Kantons auch in diesem Jahr einen Schwerpunkt. So mussten das Budget 2019 und der Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022 beraten und beschlossen werden. Während im Vorjahr die Sparmassnahmen zum Entlastungspaket 2018 bereits im Vorfeld für grosse Diskussionen sorgten, war das Budget in diesem Jahr nicht so umstritten. Die Ratslinie wollte dann aber wegen

der abgelehnten Steuergesetzesreform, die eine steuerliche Entlastung für Unternehmen gebracht hätte, die frei gewordenen Mittel gleich wieder ausgeben.

Auch die seit vielen Jahren geforderte Umfahrungsstrasse Frutigen in Richtung Adelboden war ein Thema im Grossen Rat. Ratskollege Kurt Zimmermann hatte in einer Motion einen Planungskredit im Finanzplan 2019 und die Aufnahme im Strassenbauprogramm 2021-2024 gefordert. Leider empfahl der Regierungsrat eine Ablehnung des Vorstosses, weil er die Umfahrung als unnötig und die Sanierung und Umgestaltung der Dorfdurchfahrt in Frutigen als genügend erachtet. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass Adelboden sehr winterlastig ist und die im Juni erhobenen Verkehrszahlen nicht aussagekräftig sind. Ausserdem

wird der gesamte öffentliche Verkehr über die Strasse abgewickelt. Trotz der Umwandlung in einen Prüfungsauftrag lehnte der Grosse Rat den Vorstoss knapp ab. Bei diesem Geschäft hat die regionale Solidarität im Oberland leider nicht wie üblich funktioniert.

Behandelt wurde auch der eingereichte Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe». Dieser wurde als Gegenvorschlag zur beschlossenen Revision des Sozialhilfegesetzes eingereicht. Die Grossratsvorlage sieht eine Senkung der Sozialhilfekosten vor, welche sich seit 2003 mehr als verdoppelt haben. Sie betragen heute jährlich 470 Millionen Franken und belasten die Finanzen von Kanton und Gemeinden stark. Der Volksvorschlag würde weitere Kosten von mehreren Millionen auslösen. Für mich ist bei der Bemessung



der Sozialhilfe wichtig, dass sich Arbeit lohnen muss. Dies ist heute leider nicht mehr der Fall. Berechnungen eines städtischen Sozialhilfedienstes zeigen, dass aktuell eine Familie mit zwei Kindern mehr als 5625 Franken verdienen muss, um besser gestellt zu sein als jemand, der Sozialhilfe bezieht.

JAKOB SCHWARZ, GROSSRAT EDU, ADELBODEN